

Kurzübersicht
Kreisverwaltungsreferat
Verwaltungsgebühren und Auslagen im Bereich Verkehrsanordnungen

Überblick zum Prüfungsgegenstand

Das Kreisverwaltungsreferat (KVR) erteilt im Vollzug der Straßenverkehrsordnung und des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes Erlaubnisse und Ausnahmegenehmigungen für die Sondernutzung von Straßen und öffentlichen Grünflächen.

Wir haben geprüft, ob die Verwaltungsgebühren und Auslagen, die das KVR im Jahr 2012 für diese Amtshandlungen erhoben hat, nach den gesetzlichen Bestimmungen bemessen wurden.

Zielsetzung der Prüfung

Die Prüfung sollte dazu beitragen, dass alle möglichen Einnahmen für die Landeshauptstadt München (LHM) realisiert werden.

Prüfungsergebnisse (Zusammenfassung)

- Das KVR hat für die Erteilung von verkehrsrechtlichen Anordnungen und Ausnahmegenehmigungen Gebühren erhoben, bei denen nicht nachgewiesen werden konnte, dass sie wie vorgeschrieben nach den Kriterien des Verwaltungskostengesetzes bzw. des Kostengesetzes bemessen wurden.
- Die Gebühren waren seit 2009 – zum Teil auch bereits seit 2008 - nicht mehr der allgemeinen Kostenentwicklung angepasst worden.
- Das KVR hat bei der Gebührenfestsetzung für verkehrsrechtliche Anordnungen den Verwaltungsaufwand, der durch interne Abstimmungen zusätzlich entstanden war, sowie den internen Aufwand des Technischen Dienstes nicht berücksichtigt. Ein System für die Erfassung des Aufwands der beteiligten Stellen existierte nicht.
- Für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für die oberirdische Nutzung des Straßenraums durch Bauvorhaben wurden entgegen den Bestimmungen der einschlägigen Gebührenordnung keine Gebühren erhoben.
- Für Baumaßnahmen auf oder im Straßenraum von weniger als drei Monaten Dauer hat es entgegen den Vorschriften der Aufgrabungsordnung keine Sondernutzungserlaubnisse erteilt. Dadurch wurden mögliche Gebühreneinnahmen nicht realisiert.
- Es bedarf der juristischen Klärung, ob für die Sondernutzung von Straßen durch Bauvorhaben künftig Ausnahmegenehmigungen nach der Straßenverkehrsordnung oder Sondernutzungserlaubnisse nach dem Bayer. Straßen- und Wegegesetz erteilt werden müssen.
- Das KVR hat für gewerblich genutzte Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 7,5 Tonnen Ausnahmegenehmigungen zum Befahren von Fußgängerbereichen erteilt und hierfür eine Einheitsgebühr unabhängig vom jeweiligen Genehmigungszeitraum erhoben. Dadurch blieb bei der Gebührenfestsetzung der Vorteil unberücksichtigt, der sich für den Gebührenschuldner aus einer längeren Genehmigungsdauer ergibt.
- Für die Ablehnung von Anträgen auf Grenzmarkierungen wurden entgegen der einschlägigen Bestimmung des Verwaltungskostengesetzes keine Gebühren erhoben.
- Bei der Dienststelle fehlte eine Übersicht, welche Grenzmarkierungen aktuell gültig sind.

Empfehlungen auf der Basis der Prüfungsergebnisse (Zusammenfassung)

- Das KVR erhebt für die Erteilung von verkehrsrechtlichen Anordnungen und Ausnahmegenehmigungen künftig Gebühren, die nach den Kriterien des Verwaltungskostengesetzes bzw. des Kostengesetzes bemessen werden.
- Es entwickelt ein System, welches sicherstellt, dass die Zeiten, die die Verwaltung und der technische Dienst für eine Amtshandlung aufgewendet haben, vollständig erfasst und in die Kostenentscheidung einbezogen werden.
- Das KVR lässt durch seine Rechtsabteilung klären, ob für die Sondernutzung von Straßen durch Bauvorhaben Ausnahmegenehmigungen nach der Straßenverkehrsordnung oder

Sondernutzungserlaubnisse nach dem Bayer. Straßen- und Wegegesetz erteilt werden müssen. Gegebenenfalls veranlasst es eine Änderung der Aufgrabungsordnung.

- Bis zur Klärung durch die Rechtsabteilung erteilt das KVR für Baumaßnahmen auf oder im Straßenraum von weniger als drei Monaten Dauer Sondernutzungserlaubnisse.
- Es erhebt für die Erteilung dieser Sondernutzungserlaubnisse Gebühren, die innerhalb der einschlägigen Gebührenrahmen nach den Kriterien des Kostengesetzes bemessen wurden. Zusammen mit den künftig zu erhebenden Gebühren für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für oberirdische Bauvorhaben ergeben sich dadurch voraussichtliche Mehreinnahmen für die LHM von 150.000 - 200.000 Euro pro Jahr.
- Für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für gewerblich genutzte Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von über 7,5 Tonnen erhebt das KVR künftig nach Genehmigungszeiträumen gestaffelte Gebühren.
- Für die Ablehnung von Anträgen auf Grenzmarkierungen werden Gebühren nach Maßgabe des Verwaltungskostengesetzes erhoben.
- Das KVR erstellt eine Übersicht, aus der mit geringem Aufwand ersehen werden kann, welche Grenzmarkierungen gültig sind. Anhand dieser Übersicht überprüft es, ob Grenzmarkierungen über ihre Geltungsdauer hinaus weiterhin in Anspruch genommen werden. Gegebenenfalls verlängert es die ursprüngliche Anordnung und erhebt hierfür Gebühren nach der einschlägigen Gebührenordnung.

Stellungnahme der geprüften Organisationseinheit (Zusammenfassung)

- Die Empfehlungen werden umgesetzt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss übernimmt die Prüfungsergebnisse und trägt die Empfehlungen des Revisionsamts mit.